

DIE LINKE im Stadtrat, Rathaus, Marienplatz 8, 80331 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude

Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

DIE LINKE
offene Liste im Stadtrat
Orhan Akman
Ehrenamtlicher Stadtrat

Rathaus, Marienplatz 8
80331 München

Tel: 089 - 233 - 2 52 35
Fax: 089 - 233 - 2 81 08

München, 23.09.2008

Dringlichkeitsantrag: Call-Center der Telekom in München dürfen nicht geschlossen werden

Die Telekom AG plant die Schließung von mehreren Call-Center Standorten bis zum Jahr 2010, darunter auch den Standort München in der Dingolfinger Straße mit insgesamt 438 Arbeitsplätzen. Bürgermeister Monatzeder hat sich am 25. August 2008 mit einem Brief an die Telekom-Chefs gewandt und darin die Erwartung formuliert, dass die Telekom von ihren Plänen Abstand nimmt und das Service-Centers in München weiterhin betreibt. Da diese Aufforderung bisher leider ohne Erfolg geblieben ist, sind weitere Schritte nötig, um die Schließung des Call-Centers zu verhindern.

Die Beschäftigten der Telekom AG halten jeden Montag eine Protestkundgebung ab, um die Schließung des Call-Centers zu verhindern und damit ihre Arbeitsplätze zu retten. Da die Umsetzung der Schließungspläne bereits im vollen Gang ist, ist ein dringendes Handeln erforderlich.

Der Stadtrat möge deshalb beschließen:

1. Der Stadtrat stellt sich hinter die Position („Im Interesse der betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, aber auch in dem Bewusstsein, dass ein Verbleib dieser Einrichtung auch für den Wirtschaftsstandort München von großer Bedeutung ist, möchte ich Ihnen gegenüber die Erwartung der Stadtspitze zum Ausdruck bringen, dass Sie – getreu Ihrem selbstgewählten Motto 'Umbau ist Verantwortung' - von einer Schließung des Callcenters in München absehen.“) von Bürgermeister Monatzeder.
2. Die Stadtspitze wird beauftragt, umgehend Gespräche mit dem Vorstand und der Geschäftsleitung der Telekom AG aufzunehmen und darauf hinzuwirken, dass die Schließung des Münchner Call-Centers sowie auch der anderen Call-Center abgewendet wird.

3. Der Stadtrat beschließt, bis zur Klärung des Sachverhalts alle vorhandenen Verträge der Landeshauptstadt München sowie der städtischen Unternehmen mit der Telekom zu überprüfen und soweit dies rechtlich möglich ist, diese auf „Eis“ zu legen, um damit Druck auf die Verantwortlichen bei der Telekom auszuüben.
4. Der Stadtrat macht seine Solidarität mit den Telekom-Beschäftigten und seine Missbilligung der Schließungspläne der Telekom AG in geeigneter Weise in der Öffentlichkeit bekannt.

Begründung:

60 Prozent (256 Arbeitsplätze) der durch die Auflösung des Münchner Telekom-Standorts betroffenen Beschäftigten sind Frauen, 15 Prozent (63 Arbeitsplätze) sind Schwerbehinderte und 30 Prozent (128 Arbeitsplätze) sind Teilzeitbeschäftigte. Für viele dieser Beschäftigten bedeutet der Verlust ihres Arbeitsplatzes in Folge der geplanten Standortschließung eine unzumutbare Härte. Das Angebot der Telekom an Ersatzarbeitsplätzen an anderen Telekom-Standorten in Traunstein, Kempten und Augsburg ist für viele Beschäftigte ein Scheinangebot, da sie aufgrund ihrer familiären Situation oder aufgrund ihrer Behinderung in ihrer Mobilität eingeschränkt sind und nicht noch längere Fahrtwege in Kauf nehmen können, als sie dies bereits jetzt tun. Darüber hinaus bringt ein längerer Fahrtweg auch höhere finanzielle Aufwendungen mit sich. Dies wiegt umso schwerer, als dreiviertel der Beschäftigten des Münchner Call-Centers in die drei niedrigsten Entgeltstufen eingruppiert sind und damit nicht gerade zum gutverdienenden Bevölkerungsteil gerechnet werden können. Ein Teil der Beschäftigten wurde erst kürzlich von einem anderen, inzwischen geschlossenen Telekom-Standort nach München versetzt, mit der Aussicht, dass ihn dort ein sicherer Arbeitsplatz erwartet. Durch eine wiederholte Versetzung werden den Telekom-Beschäftigten, ohne wirtschaftliche Not, nochmals hohe Belastungen aufgebürdet. Diejenigen Beschäftigten, die das Angebot der Telekom nicht wahrnehmen können, werden letztendlich dazu gezwungen, ihren Arbeitsplatz bei der Telekom ganz aufzugeben. Die Telekom AG kann sich mit dieser Methode betriebsbedingten Kündigungen und den damit verbundenen Konsequenzen entziehen.

Die Telekom AG begründet ihre Schließungspläne ausdrücklich damit, dass es aus Effizienzgründen erforderlich ist, wirtschaftlich unrentable, kleinere Call-Center zu schließen und stattdessen größere Einheiten aufrecht zu erhalten. Aus diesem Grunde verwundert es doch sehr, dass ausgerechnet der Münchner Standort geschlossen werden soll, da er der zweitgrößte in Bayern ist. Zudem wurde das Münchner Call-Center erst in jüngster Zeit aufwendig modernisiert. Insofern bleibt es fragwürdig, welches die eigentlichen Gründe sind, die die Verantwortlichen bei der Telekom AG zur Schließung des Standorts veranlassen.

Die Stadt München braucht den Erhalt des Telekom-Standorts München nicht nur für ihren Erfolg als Wirtschaftsstandort sondern auch, damit motivierte Arbeitskräfte weiterhin einen sicheren Arbeitsplatz haben und nicht auf öffentliche Transferleistungen angewiesen sind. Für viele von ihnen wird es schwierig werden, einen geeigneten Ersatzarbeitsplatz zu finden. Die Beschäftigten der Telekom AG sind in ihrem Einsatz für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze auf Solidarität und Unterstützung angewiesen. Der Münchner Stadtrat kann seinen Einfluss bei den Verantwortlichen der Telekom AG geltend machen und den Beschäftigten damit helfen.

Orhan Akman
Stadtrat der LINKEN.